

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	20
		<b>TOP:</b>	12
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	1009/2016
		<b>GZ:</b>	T
<b>Sitzungstermin:</b>	24.01.2017		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>	der Vorsitzende, Herr Schirner (GFF)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Mitteilung Baumfällungen vor Baubeschluss für 3 Projekte:  Mühl-Hauptklärwerk, neues Besucherzentrum  Mühl-Kita Welsweg, Neubau Kindertagesstätte  CA-Martin-Luther-Schule, Neubau Mensa</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 21.12.2016, GRDRs 1009/2016. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StRin Bulle-Schmid (CDU) bittet die Verwaltung, für den Ersatz zweier Bäume in der Martin-Luther-Straße keine Parkplätze wegzunehmen. Sollten diese beiden Bäume vor Wohnhäusern geplant sein, dann sollten die Anwohner darüber unbedingt vorab informiert werden.

Sinn der Baumschutzsatzung sei ja, dass die Summe der Bäume unverändert bleibe, erklärt StR Peterhoff (90/GRÜNE). Deshalb bzw. auch zum Erhalt der Luft- und Lebensqualität müssten Ersatzpflanzungen auch vorgenommen werden. Bei der Martin-Luther-Schule müssten für 8 Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 80 cm sowohl Ersatz- als auch zusätzliche Bäume gepflanzt werden. Dies werde aber nicht vollständig umgesetzt.

Auch StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) bedauert, dass bei der Martin-Luther-Schule keine vollständige Ausgleichssituation hergestellt werden könne. Dies umso mehr, als es hier auch um die Förderung des Bioklimas, der Luftqualität und der Verschattung gehe.

Seine Fraktionsgemeinschaft sei jederzeit gerne bereit, Parkplätze zugunsten von Stadtbäumen zu reduzieren. Er würde gerne mehr Ausgleich schaffen, um den Verlust der 16 Bäume vollständig ausgleichen zu können. Unabhängig von Zukunftsbäumen wolle seine Fraktionsgemeinschaft jeden einzelnen Baum schützen.

Herr Schirner führt aus, die Verwaltung bemühe sich nach Kräften, die Bäume gemäß der Baumschutzsatzung zu ersetzen. Doch müsse er einräumen, dass dies nicht immer 1:1 gelinge. Im Bereich der Martin-Luther-Schule habe man nun die Möglichkeit, verdichtet zu pflanzen. Das bedeute aber, dass man in 10 Jahren dort Bäume entnehmen müsse. Mit Zukunftsbäumen bezeichne man die Bäume, die auf Jahrzehnte dort stehen sollten, z. B. Eichen, Buchen oder Linden. Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt bemühe sich hier um eine Gesamtkonzeption, nach der sowohl Bäume, die viele Jahrzehnte dort stehen könnten, als auch schnellwüchsige Bäume wie Eschen oder Pappeln gepflanzt würden. Die Signale aus dem Gemeinderat seien in der Verwaltung durchaus angekommen.

Seine Fraktion lege großen Wert auf den Erhalt und den Schutz von Bäumen, betont StR Körner (SPD), und sie vertraue hier der Verwaltung. Deshalb halte er es auch nicht für erforderlich, dass der Gemeinderat Mitteilungen über solche Vorgänge bekomme. In besonderen Fällen könnten die Fraktionen mit Anträgen nachfassen. Hierzu merkt BM Thürnau an, die Verwaltung sehe dies ebenso. Doch seit der sehr dezidierten und restriktiven Diskussion in Bezug auf das Wilhelmispalais, bei dem im Vorfeld alles geklärt schien und es dann doch einen Aufschrei gegeben habe, als man die entsprechenden Bäume fällen wollte, verfare die Verwaltung anders. Grundsätzlich handle es sich um Maßnahmen, die durch einen Bebauungsplan oder eine Baugenehmigung rechtlich und ökologisch bereits abgearbeitet worden seien. Die Verwaltung informiere den Ausschuss lediglich zu dem Zweck, damit dieser z. B. vor Ort Auskunft geben könne. Der Ausschuss könne jedoch jederzeit entscheiden, dass er auf diese Informationen künftig verzichten wolle.

StRin Bulle-Schmid stellt klar, dass ihre Fraktion nicht Bäume und Parkplätze gegeneinander ausspielen wolle. Die Ersatzpflanzungen müssten selbstverständlich vorgenommen werden können, aber eben an Stellen, an denen keine Parkplätze dafür wegfallen müssten oder Anwohner behindert würden. Als Ersatzstandort schlage sie die Wildunger Straße vor der Liebfrauenkirche vor, dort sei Platz für mehrere Bäume vorhanden. Diese Anregung werde die Verwaltung aufgreifen, sagt BM Thürnau zu.

Diesen Vorschlag begrüßt auch StR Peterhoff. Er plädiert dafür, die schriftliche Information des Ausschusses beizubehalten, da zumindest seine Fraktion darauf angesprochen werde.

Nach seiner Information gebe es in Stuttgart ca. 100.000 Bäume auf öffentlichem Grund, erklärt StR Conz (FDP). Hinzu kämen 100.000 Bäume auf privatem Grund plus mehrere Hektar Wald. Insofern halte seine Gruppierung "dieses erbsenzählerische Abzählen von Bäumen bei einer Baumaßnahme" für verzichtbar.

BM Thürnau korrigiert die Zahl der Stadtbäume auf insgesamt 180.000 plus Wald. Die Verwaltung werde die Anregung von StRin Bulle-Schmid aufnehmen und den Ausschuss außerdem auch weiterhin über Baumfällungen informieren, wobei es diesem überlassen sei, ob er darüber diskutieren oder die Information lediglich zur Kenntnis nehmen wolle.

Er stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDrs 1009/2016 Kenntnis  
genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / de

## Verteiler:

- I. Referat T  
zur Weiterbehandlung  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. BezÄ Ca, Mühl
  3. Rechnungsprüfungsamt
  4. Stadtkämmerei (2)
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN